Rechenschaftsbericht Juli

Bedingt durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, blieb die Arbeit des Referates für Hochschulpolitik auch in diesem Monat weitestgehend digital.
Die Mitgliederversammlung (MV) des freien zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) fand am 07.08. in Präsenz in Frankfurt am Main statt. Drei Menschen aus unserem Referat haben den AStA dort für uns vertreten. Der Vorstand des fzs wurde erfolgreich neu gewählt, wobei die Posten nur wenige Bewerber*innen hatten. Unser Plan, die Arbeitsbereiche der Referent*innen mit dem Ziel anzupassen, den Vorstand zu entlasten, muss noch besprochen werden, die Gelder wurden aber schon im nun bestätigten Nachtragshaushaltsplan zur Verfügung gestellt. Unsere Delegierten haben sich für den Finanzausschuss, den Ausschuss für Geschlechtergerechtigkeit und den Ausschuss für politische Bildung beworben. Die nächste MV findet Online im Oktober statt.
Auch im letzten Monat waren wir im Bündnis zum 50. Geburtstag des BAföG, welches sich auf Initiative des fzs gegründet hat, aktiv. In der letzten Woche haben wir in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat und dem Social-Media-Team des Öffentlichkeitsreferates zu Testimonials von Erfahrungen mit dem BAföG aufgerufen, welche in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Neben einem Hashtagstorm am 01.09. arbeiten wir gemeinsam mit dem AStA Köln daran am dezentralen Aktionstag der BAföG-Kampagne am 04.09. eine Kundgebung in Köln durchzuführen, zu welcher wir demnächst aufrufen werden.
Die letzte Sitzung des LAT (Landes-Asten-Treffen) war vergleichsweise kurz. Es bestand größtenteils aus dem Austausch über die Präsenzsituation an den verschiedenen Hochschulen, welche in den meisten Fällen noch unklar und insgesamt sehr unterschiedlich ist. Außerdem ist die Kassenprüfung erfolgt und die LAT-Koordination wurde entlastet.
An der Reflexionsrunde zum Abschluss des festival contre le racisme (fclr) nahmen zwar ausschließlich Menschen teil, die an der Planung des festivals beteiligt waren, sie ergab sich aber als produktiv und hilfreich. In der nächsten Zeit erstellen wir ein Dokument, in welchem die Ergebnisse des Treffens und andere Erkenntnisse, die im Laufe der Planung des fclr aufkamen, für künftige Planende des fclr aufbereitet werden sollen
Im Bonner Bündnis gegen Rechts (BBgR) wurde wieder viel Arbeit gegen das von der Landesregierung geplante Versammlungsgesetz geleistet. Zur nächsten Demo gegen den Gesetzesentwurf am 28.08. in Düsseldorf wird zeitnah aufgerufen. Des Weiteren leistet das Bündnis im Rahmen der Bundestagswahl viel Arbeit gegen die AfD. Hier wurden Informationsflyer gegen die Partei erstellt, gedruckt und werden in verschiedenen Lokalen in Bonn verteilt. Der geplante Podcast über Antifaschismus wird demnächst aktiv angegangen, da sich zeitliche Kapazitäten bei interessierten Personen ergeben haben.
Die Podiumsdiskussion wird in veränderter Form über Instagram-Live stattfinden. Die Kandidierenden zur Bundestagswahl werden getrennt voneinander von verschiedenen Interviewer*innen befragt. Aufgrund der Wahrung der Neutralität haben wir einen Mitarbeiter der Friedrichs Wilhelm hinzugezogen, welcher die Kandidatin der SPD für uns interviewen wird. Die Termine der Interviews stehen alle fest und sind für Ende August bis Anfang September angedacht.
Dieser Monat war für die Beratung weniger intensiv als erwartet. Beschwerden wegen chaotischer Online- und Präsenzprüfungen hielten sich in Grenzen. Wir erhielten einige Anfragen von Studierenden, die wegen der Flutkatastrophe Probleme mit dem Studium hatten. Weitere Anfragen, die uns erreichten, sind Beschwerden bzgl. der Leistungen der Universitäts- und Landesbibliothek (ULB) und Forderungen zur vollständigen Öffnung der Universität.

Mit freundlichen Grüßen,

Ken Alan Berkpinar (Referent für Hochschulpolitik)